

Plattform-Arbeit in Berlin: Erwerbsstatus, soziale Absicherung und alternative Szenarien



POLICY BRIEF: ÜBERBLICK UND ZUSAMMENFASSUNG

Der Erwerbsstatus und die soziale Absicherung von Plattformarbeiter:innen sind in den letzten Jahren zu einem Gegenstand der politischen Debatte in Deutschland und Europa geworden. In Berlin betrifft dieses Thema über **10.000 Arbeiter:innen**, die oft unter **prekären Bedingungen** arbeiten. Auf Basis der Forschung im PLUS-Projekt identifiziert dieser Policy-Brief die wesentlichen Problemstellungen bei Plattform-Unternehmen, die Regulierung ihrer Arbeitsverhältnisse und die Herausforderungen für den Aufbau einer Infrastruktur von Plattform-Kooperativen. Dafür schlagen wir Richtlinien, Regelwerke und Gesetzesentwürfe in folgenden Bereichen vor:

- **Durchsetzung bestehender Vorschriften**
- **Soziale Absicherung unabhängig vom Beschäftigungsstatus**
- **Existenzsichernder Lohn für alle Beschäftigten**
- **Diversitätsverpflichtungen für Plattformen**
- **Aufbau von Beratungszentren (Worker Centers)**
- **Sicherstellung von Vertretung und Mitbestimmung**
- **Finanzierungs- und Beratungsangebote für Plattform-Kooperativen**
- **Stadt-Steuer für Plattform-Unternehmen**
- **Forschung und Monitoring von Plattformarbeit**

1. ERGEBNISSE DER FORSCHUNG IM PLUS PROJEKT

Seit 2019 erforscht das PLUS Projekt die Plattformökonomie in Berlin. Kernstück dieser Forschung waren **43 qualitative Interviews** mit Beschäftigten bei Uber und Helpling sowie mit Hosts bei Airbnb, die durch **Fokusgruppen-Workshops** und **Policy-Workshops** mit Beschäftigten, Gewerkschaften und der Berliner Senatsverwaltung ergänzt wurden. Die PLUS-Forschung in Berlin wurde sowohl vor als auch nach dem Beginn der Covid-19-Pandemie durchgeführt (zwischen November 2019 und Oktober 2020). Sowohl der Beschäftigungsstatus als auch die soziale Sicherung von Arbeiter:innen gestaltete sich bei jedem Plattform-Unternehmen unterschiedlich. In jedem Fall war aber die Notwendigkeit von Maßnahmen lokaler und bundesweiter Ebene ersichtlich.

Beschäftigungsstatus: Prekarität trotz Vertrag

Die Frage des Beschäftigungsstatus steht im Mittelpunkt der Debatte um die Plattformarbeit. Die in Deutschland mittlerweile übliche Praxis unterscheidet sich von der vieler anderer Länder, in denen Plattformunternehmen ihre Beschäftigten mit Verweis auf ihren Vermittlerstatus als unabhängige Auftragnehmer:innen ("Scheinselbstständigkeit") bezeichnen. Mit Ausnahme von Helpling und wenigen anderen Unternehmen arbeiten die meisten Plattformarbeiter:innen in einem **vertraglichen Beschäftigungsverhältnis**. Die Bedingungen dieser formellen Beschäftigung sind jedoch oft prekär, semi-formell und verstoßen in der Praxis oft gegen das Arbeitsrecht. Uber-Fahrer:innen in Berlin beispielsweise haben in der Regel Verträge, arbeiten aber oft deutlich länger als im Vertrag steht und werden oft ähnlich wie ‚klassische‘ Gigworker nach einem Stücklohnsystem bezahlt. Probezeit-Regelungen (die für Startups in Deutschland auch ausgeweitet wurden) bieten den Unternehmen Schlupflöcher um faire Arbeitsbedingungen und Mindestlöhne untergraben. De facto wird Plattformarbeit in Deutschland also weiterhin als **atypische Beschäftigung** ausgeübt und reiht sich damit ein in einen zunehmend ungesicherten Arbeitsmarkt.

Soziale Absicherung: Risiken für Viele

Soziale Absicherung und Sozialschutz sind in Deutschland eng an den Beschäftigungsstatus der Arbeitnehmer:innen geknüpft. Da sowohl der Status als auch die genauen Bedingungen bei den Plattformarbeiter:innen sehr unterschiedlich sind (von Selbstständigkeit über Beschäftigung auf Probe bis hin zu unbefristeten Verträgen), können hier keine allgemeinen Schlussfolgerungen gezogen werden. Die meisten Plattformarbeiter:innen sind jedoch entweder **ganz oder in weiten Teilen aus dem deutschen Sozialversicherungssystem ausgeschlossen**. Arbeiten sie im Rahmen von "Minijobs" oder Studentenverträgen zahlt der Arbeitgeber keine Kranken- und Arbeitslosenversicherungskosten und kaum Rentenversicherung; sind sie selbstständig, müssen hohe Versicherungsbeiträge gezahlt werden.

Die Covid-19-Pandemie hat die Prekarität dieser Umstände verdeutlicht: Die fehlende Nachfrage in den von uns untersuchten Unternehmen hat zu einem **sofortigen Einkommensverlust** und zu hohen finanziellen Einbußen für viele Beschäftigte geführt. Am deutlichsten wurde dies bei Helpling, wo die selbstständigen Reinigungskräfte meist keinerlei Absicherungsnetz hatten, und in geringerem Maße bei Uber, wo Sub-Unternehmen ihre Beschäftigten mit Kurzarbeits-Hilfen finanzieren konnten.

Plattform-Kooperativen: Alternativmodelle mit Herausforderungen

In Berlin und anderen Städten hat das Modell der Plattformgenossenschaft in den letzten Jahren an Zugkraft gewonnen. Genossenschaften wie das Lieferkollektiv Khora, der Versandhändler Fairmondo oder das Tech-Kollektiv coopcycle haben **gemeinwohlorientierte Wege** abseits als Alternative zu gewinnorientierten Plattformmodellen aufgezeigt. Jedoch haben diese Modelle in der Praxis mit

zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen und müssen durch politische Maßnahmen unterstützt werden. Ohne **gezielte Unterstützung** können sich diese Modelle nicht breiter etablieren und werden auf Ebene der Arbeitsbedingungen ähnliche (oder noch stärkere Formen) der prekären Arbeit aufweisen wie im for-profit Sektor.

2. IMPLIKATIONEN AUF POLICY-EBENE

Beschäftigungsstatus

- **Mangelnde Durchsetzung von geltendem Recht:** Obwohl die Einführung von Arbeitsverträgen vielen Plattformarbeiter:innen zugute gekommen ist, ist es weit verbreitet die vertraglichen Standards zu unterwandern und halblegale Schlupflöcher zu nutzen.
- **Verbleibende Risiken der Selbstständigkeit:** Obwohl sich die vertragliche Beschäftigung in Deutschland etabliert hat, arbeiten viele Arbeitnehmer:innen immer noch als Freiberufler mit Selbstständigenstatus. Ihre Umstände sind äußerst prekär, sie können von einem Moment auf den anderen und grundlos von der Plattform ausgeschlossen werden.
- **Probezeit als Managementinstrument:** Immer mehr Plattform-Unternehmen stellen ihre Arbeitnehmer:innen mit einjährigen Befristung und einer Probezeit von bis zu sechs Monaten ein. Diese Praxis wird von Expert:innen des Arbeitsrechts, Gewerkschaften und organisierten Arbeitnehmer:innen als Managementinstrument kritisiert. Vor allem im Lieferdienst- und Ride-Hailing-Sektor benutzen Unternehmen diese Regelungen, um die für ihre hochflexiblen Geschäftsmodelle erforderliche Fluktuation der Arbeitskräfte zu ermöglichen.
- **Hürden zur Bildung von Betriebsräten:** Die Möglichkeit einen Betriebsrat zu gründen, ist ein wichtiger Faktor zur Stärkung von Arbeitnehmer:innen. Dies gilt auch für Beschäftigte in Plattform-Unternehmen. Der Fall des Unternehmens Gorillas hat 2021 deutlich gemacht, wie Unternehmen die Gründung von Betriebsräten verhindern und dass das Betriebsratsrecht der Praxis von Plattform-Unternehmen oft nicht gerecht wird.

Soziale Absicherung

- **Risiken atypischer Niedriglohnarbeit:** Plattformbeschäftigte besitzen nicht die gleichen sozialen Rechte wie reguläre Arbeitnehmer:innen. Obwohl sie oft mit erhöhtem Stundenpensum zu niedrigen Löhnen arbeiten, haben sie kaum Zugang zu den staatlichen Sicherheits- und Wohlfahrtsinstrumenten. Wie andere atypische Beschäftigungsformen wirft die Praxis der Plattformarbeit die Frage nach einer Absicherung jenseits des Beschäftigungsstatus auf.
- **Fehlende Sicherheitsnetzwerke für migrantische Arbeiter:innen:** Die große Mehrheit der Plattformarbeiter:innen in Berlin besteht aus migrantischen Arbeiter:innen (in der ersten, zweiten oder dritten Generation). Plattformarbeit dient ihnen als Einstieg in den lokalen Arbeitsmarkt, aber stellt oft eine Sackgasse ohne Aufstiegsmöglichkeiten dar. Damit die Plattformarbeit zu einer Arbeitsform mit Alternativen werden kann, sollten alle Arbeiter:innen Zugang zu Sicherheitsnetzen während der Arbeitslosigkeit und zu einer Unterstützung mit Blick auf Unterkunft und Grundversorgung erhalten.

- **Geschlechtsspezifische Risiken:** Der jüngste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zeigt, dass Frauen bei der Arbeit auf Plattformen stärker mit spezifischen Problemen konfrontiert sind (z.B. algorithmische Diskriminierung, Sicherheitsrisiken, d. h. sexuelle Belästigung usw.). Plattformen lehnen die Verantwortung dafür mit Verweis auf ihre Vermittler-Rolle oft ab. Unsere Forschung bestätigt diese Risiken und legt nahe, dass die Bekämpfung dieser Risiken in der Verantwortung der Plattform-Unternehmen liegt.
- **Geschlechtsspezifische Belastungen:** Unsere Untersuchung stellt die weit verbreitete Annahme in Frage, dass Plattformarbeit Frauen die Möglichkeit bietet, Reproduktions- und Betreuungsarbeit zu Hause besser mit den Arbeitszeiten zu koordinieren. Tatsächlich haben unsere Untersuchungen ergeben, dass dies für die von der Plattformarbeit abhängigen Arbeitnehmerinnen nicht der Fall ist, da sie zusätzliche Stunden arbeiten müssen, um ein existenzsicherndes Einkommen zu generieren. Daher ist die Plattformarbeit derzeit keine geeignete Option für Frauen, die in der Pflege tätig sind, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.
- **Ungleicher Zugang zu Corona-Hilfsgeldern:** Obwohl sie den Risiken der Pandemie in hohem Maße ausgesetzt sind und mitunter systemrelevante Aufgaben erfüllen, hatten viele Plattform-Arbeiter:innen kein Anspruch auf Corona-Hilfsgelder.
- **Forschung und Monitoring von Plattformarbeit:** Großstädte stellen ein zentrales Experimentierfeld für Plattformen dar. Hier werden innovative digital vermittelte Dienstleistungen aber auch neue Formen von Arbeitsverhältnissen getestet. Städte und Nachbarschaften sind auch Orte der Austragung der Konflikte um Plattformen. Forschungen sollen den Fokus auf die lokale Landschaft der Plattformarbeit setzen und somit politische Interventionen anregen, begleiten und evaluieren. Wünschenswert sind Ansätze wie die Aktionsforschung, die in enger Verbindung mit den Arbeitenden die noch wenig erforschten Problemstellen aufzeigen können, z.B. algorithmische Diskriminierung, Gesundheitsrisiken, Datenschutz, geschlechterspezifische Risiken, etc.

Plattformkooperativen als Alternativen

- **Rechtliche und finanzielle Hürden:** Berlin ist in den letzten Jahren zu einem Experimentierfeld für Plattformkooperativen geworden. Lieferdienst-Coops wie Khora wurden in den letzten Jahren gegründet, sind aber in der Regel mit Problemen bezüglich ihres Rechtsstatus, einem limitierten Zugang zu Technologie und Mangel von kommunalen Finanzierungsmöglichkeiten konfrontiert. Möglichkeiten der Finanzierung und Beratung können nachhaltige Plattforminfrastrukturen in der Stadt (auch über das Konzept der Kooperative hinaus) ermöglichen.

3. EMPFEHLUNGEN AUF POLICY-EBENE

1. **Durchsetzung existierender Vorschriften:** In Anbetracht der zahlreichen Vertragsverletzungen, die in der Plattformökonomie festgestellt wurden, sollten sich Städte verpflichten, die Einhaltung von Vertragsbedingungen von Unternehmen und Sub-Unternehmen sicherzustellen (etwa durch das Gewerbeaufsichtsamt oder das Ordnungsamt). Dabei muss gleichzeitig der Schutz von undokumentierten Arbeitskräften sichergestellt werden.
2. **Sozialer Schutz über den Beschäftigungsstatus hinaus:** Der starke Kontrast zwischen der sozialen Sicherung von Angestellten und Selbstständigen sollte reduziert und perspektivisch aufgehoben werden. Solo-Selbstständige die unter dem Existenzminimum verdienen oder von Plattformen grundlos ausgeschlossen werden sollten Anspruch auf Sicherheitsleistungen erhalten. Die Möglichkeit, durch den automatisierten Abzug von Versicherungsbeträgen die soziale Absicherung von auf Plattformen arbeitenden Solo-Selbstständigen zu gewährleisten, soll geprüft werden. Arbeitslosengeld und Notfall-Hilfen sollten Arbeiter:innen unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus, Visa- oder Aufenthaltsstatus gewährt werden. Probezeiten sollten auf einen Monat reduziert und Sonderregelungen für Startups aufgehoben werden.
3. **Existenzsichernder Lohn:** Sowohl für abhängig Beschäftigte als auch für Selbstständige sollte die Bezahlung an den Mindestlohn gekoppelt sein und sicherstellen, dass Vollzeitbeschäftigte auf Plattformen diesen erreichen, ohne mehr als 40 Wochenstunden arbeiten zu müssen. Sollte der Mindestlohn niedriger sein als der existenzsichernde Lohn (was derzeit der Fall ist), sollten die kommunalen Behörden Anreize für faire Bezahlung schaffen und Nichteinhaltung sanktionieren. Eine Beschwerdestelle (siehe Empfehlung 5) sollte dafür eingerichtet werden.
4. **Diversitätsverpflichtungen für Plattformen:** Plattformen sollten verpflichtet werden, einen Kodex für Vielfalt, gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung und Rassismus anzunehmen; Plattformen sollten verpflichtet werden, eine Beschwerdestelle einzurichten, an die sich Arbeitnehmer:innen wenden können, wenn sie Rassismus oder Diskriminierung jeglicher Art erfahren. Verstöße gegen Richtlinien sollten kontrollierbar und sanktionierbar sein.
5. **Aufbau von Beratungszentren (Worker Centers):** Auf Stadtebene sollten niedrigschwellige Arbeitnehmerzentren finanziert werden, die arbeitsrechtliche Beratung und eine Beschwerdestelle in verschiedenen Sprachen anbieten, die sich speziell an migrantische Plattformarbeiter:innen richten (mit Blick auf Visum, Anmeldung und Wohnsituation) und ihnen einen physischen Raum für persönliche Treffen bieten.
6. **Sicherstellung von Vertretung und Mitbestimmung:** Die Vertretung von Plattformbeschäftigten sollte erleichtert und ermöglicht werden, unabhängig davon, ob sie angestellt oder freiberuflich tätig sind; das Betriebsverfassungsgesetz muss aktualisiert werden, um auch Beschäftigte einzubeziehen, die nicht an einen physischen Unternehmensstandort gebunden sind. Gesetzgebung auf Bundesebene könnte hier mit Versuchen auf Stadtebene kombiniert werden.
7. **Finanzierung und Beratung für Plattformkooperativen:** Plattformkooperativen sind praktikable und nachhaltige Alternativen zu etablierten gewinnorientierten Unternehmen. Sowohl die Kommunen als auch der Bund sollten Finanzierungsmöglichkeiten für Gruppen in ihrem Gründungs- und Entwicklungsprozess bereitstellen und Beratung für Arbeitnehmer:innen anbieten.

8. **Schritte in eine nachhaltige Plattformökonomie:** Die Plattformökonomie profitiert in hohem Maße von der öffentlichen Infrastruktur. Unternehmen müssen sich in jeder Hinsicht an den sozial-ökologischen Kosten ihrer Geschäftsmodelle beteiligen. Als Best Practice wird die Einführung einer Stadtsteuer empfohlen, die die Plattformen verpflichten soll, den Gewinn aus der Existenz der öffentlichen Infrastruktur anteilig abzutreten.